

Gemeinsame Presseerklärung vom 4.6.2005 zu den Gesprächen zwischen PDS und WASG (Auszug)

Alle Teilnehmer/innen am Gespräch haben den gemeinsamen Willen, ein neues Projekt der Linken in Deutschland auf den Weg zu bringen. Ob die Teilnahme an der Bundestagswahl 2005 dafür ein Start sein kann, bleibt vor allem angesichts ungeklärter parteirechtlicher Fragen offen.

Hinter dem Wahlbündnis liegt die eigentliche Aufgabe

Zwar gab es in der Vergangenheit schon mehrfach Versuche, über wahlpolitische Kooperation zu einer größeren Zusammenarbeit der Linken zu kommen (vgl. dazu die Stichworte von Horst Bethge, junge welt, 2.6.05), die aktuelle Möglichkeit einer Wahlverbindung von WASG und PDS aber stellt zweifellos eine neue Qualität dar. Dies u.a. wegen der Stimmenpotenziale, welche die beteiligten Gruppen, zumal die PDS, von vornherein mitbringen, wegen der medienwirksamen und weit über das herkömmliche Spektrum der Linken hinaus attraktiven „Spitzenkandidaten“ Lafontaine und Gysi und natürlich wegen der konkreten politischen Gesamtkonstellation, in der unterschiedlich stark neoliberal geprägte Parteienblöcke einen „Richtungswahlkampf“ gegeneinander entfachen wollen, während zunehmende Teile der Wahlbevölkerung eben dieser neoliberalen Praxis überdrüssig werden, ohne freilich aus gesamtdeutscher Sicht schon eine neue wahlpolitische Vertretung gesucht oder gefunden zu haben. Aber viele scheinen offen zu sein für eine wahlpolitische Alternative: Nie zuvor in der Geschichte der BRD erschien ein so großes Wählerpotenzial für die Linke jenseits von SPD und Grünen realistisch. Kein Wunder, dass in dieser Situation nicht nur viele Linke gebannt schauen, ob nach den Verhandlungen zwischen WASG und PDS weißer Rauch aufsteigt.

Weder Euphorie noch Katzenjammer – die grundlegenden Probleme der Linken angehen

Vor allzu viel Hoffnung allerdings, wenigstens das lehrt die Geschichte linker Politik hierzulande, ist zu warnen. Selbst wenn es gelänge, eine politisch einvernehmliche und juristisch wasserdichte Regelung für eine gemeinsame Kandidatur von PDS und WASG zu finden (hinter der dann nicht nur die Parteioberen, sondern auch die Mitglieder und Aktiven der Parteien stehen und die für genügend WählerInnen attraktiv erscheint): die eigentliche Aufgabe der Linken würde ohnehin erst danach beginnen. Insofern gibt es – wie auch immer in den kommenden Tagen oder Wochen die Entscheidung aussehen mag – aus meiner Sicht weder Gründe für Euphorie, falls ein Wahlbündnis zustande kommt noch für Katzenjammer, falls es vorerst scheitern sollte.

So begrüßenswert es ist, dass nun Linke unterschiedlicher politischer Couleur allenthalben auf wahlpolitische Übereinkunft drängen - der in allen diesen Aufrufen und von den handelnden Personen immer wieder gern zitierte „gute Wille“, von dem angeblich alles abhinge, ist ein Hirngespinnst. Der kann und wird es, zumindest dauerhaft, nicht richten. Die Idee, so bemerkte vor Zeiten ein sehr kluger Kopf, blamiere sich stets, wenn sie nicht mit den Interessen zusammen falle. Deshalb sollte das nach einem denkbaren Scheitern des Wahlbündnisses unvermeidliche Schwarze-Peter-Spiel auch möglichst kurz ausfallen. Es ist ohnehin sinnlos und lenkt von Wichtigerem ab.

Die Linke jenseits der Sozialdemokratie hatte und hat nach meinem Eindruck u.a. zwei generelle Probleme: Zum einen hat sie seit Jahrzehnten niemals mehr in nennenswertem Umfang das Alltagsbewusstsein der Menschen erreicht und konnte mithin für die eigenen Zielgruppen nicht handlungsorientierend werden (trotz der Tatsache, dass oft eindeutige Umfragemehrheiten im Sinne linker Erkenntnisse – Gerechtigkeit, Verhältnis Arm/Reich, Kapitalismuskritik usw. – bestehen). Das könnte jetzt mit einer (wahl-)politischen Alternative zum neoliberalen Mainstream vielleicht ansatzweise anders werden.

Zum anderen ist die Linke in ihren unterschiedlichen Ausprägungen bisher niemals wirklich in der Lage gewesen, innerlinke Differenzen produktiv zu verarbeiten. Prägend waren und sind stattdessen: ideologische Rechthaberei, programmatische Spitzfindigkeit, bornierte Organisationsinteressen und

Vereinsmeierei, Dogmatismus, Diskriminierung und Spaltungsbereitschaft (und, wo man geschichtlich die Macht dazu hatte, auch sehr viel Schlimmeres).

Aus meiner Sicht ist dies kein wahlpolitisches, sondern ein spätestens mit der organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg existierendes grundlegendes Problem. Und es ist kein deutsches Phänomen: wer etwa sieht, wie sich in Griechenland KKE und Synaspismos beschimpfen, wer den Umgang der verschiedenen Strömungen in der PRC in Italien oder in der spanischen Vereinten Linken beobachtet und beispielsweise zur Kenntnis nimmt, dass in Großbritannien mindestens sechs so genannte Kommunistische Parteien und ähnlich viele trotzkistischen Parteien gegen einander konkurrieren – der wird viel Material für die These finden, dass die Linke dem Absurden Theater zuneigt.

Von den Realitäten ausgehen

Wer realistisch gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen will, muss von den Realitäten ausgehen. Diese Fähigkeit allerdings gehört nicht von Haus aus zu den linken Stärken. Voraussetzung ist im Kontext der Diskussion um eine wahlpolitische Kooperation also zumindest, zur Kenntnis zu nehmen: die Linke ist vielfältig, widersprüchlich, buntscheckig und zerstritten - und zwar nicht zufällig, sondern aus guten Gründen. Wenn sechstausend Menschen in kurzer Zeit in die WASG eingetreten sind, haben sie eine bewusste Entscheidung (u.a. auch gegen eine Mitgliedschaft in der PDS) getroffen und nicht gewürfelt. Und umgekehrt hat es gute Gründe, dass sechzigtausend PDS-Mitglieder nicht in die neue Organisation übergelaufen sind, sie wollen offensichtlich Anderes als die WASG bieten kann und bieten will. Und ebenso muss man zur Kenntnis nehmen, dass auch WASG und PDS zusammen sicher nicht die Linke repräsentieren, denn sehr viel mehr Leute haben sich bisher entschieden, keiner der beiden Vereinigungen beizutreten. Mit anderen Worten: die Linke ist - und bleibt meiner Meinung nach auf lange Sicht – vielgestaltig. Sie ist nicht in eine Einheitspartei umzumodeln. Wenn das stimmt, dann darf – zumindest kurz- und mittelfristig – eine organisatorische Vereinheitlichung der verschiedenen linken Kräfte und Organisationen ausdrücklich nicht das Ziel sein!

Wenn wir tatsächlich wollen, dass die Linke sich zu mehr Übereinkunft und Kooperation weiter entwickelt, dann ist eine wesentliche Voraussetzung, die jeweiligen Organisationsinteressen, programmatischen Ansätze, Traditionslinien und subjektiven Befindlichkeiten der Anderen ernst zu nehmen. Benötigt wird auf allen Seiten ein längerfristiger Blick über Neuwahlen hinaus und in diesem Sinne auch eine erhebliche Portion Gelassenheit. Man muss für WASG wie für PDS und andere Linke akzeptieren, dass sie zunächst und vielleicht auf lange Zeit ihre Eigenständigkeit und Identität wahren wollen. Da ähneln sich verständlicherweise die Argumente aus beiden Parteien. Die Linke ist pluralistisch und als solche zu agieren, muss sie offensichtlich erst noch lernen.

Wahlpolitik als Katalysator

Natürlich ist jetzt maximaler öffentlicher Druck im Sinne wahlpolitischer Übereinkunft der Linken richtig und notwendig, aber im Bewusstsein, dass es dabei langfristig um mehr geht, nämlich um gesellschaftliche Bewegung für gesellschaftliche Veränderung. Sehr zutreffend heißt es in einer Erklärung der Redaktion „Sozialismus“ vom 29.5.05: „Es wächst durch ein Wahlbündnis die Chance zu einer Formierung eines breiten gesellschaftlichen Oppositionsbündnis gegen den Neoliberalismus zu kommen“. Ja, diese wahlpolitische Diskussion kann ein Katalysator sein, aber sie kann auch kurzfristig massenhafte Enttäuschung auslösen, wenn „die sich nicht einigen“ und damit einen Rückschlag bedeuten. Aber der Grundgedanke – Aufbau eines gesellschaftlichen Oppositionsbündnisses - gilt auch nach einem möglichen Scheitern der Verhandlungen. Und, Wahlpolitik als Verhandlung eines kleinen Kreises hinter verschlossenen Türen ist die Variante „von oben“. Deshalb sollte für alle, die langfristig an einer wahlpolitischen Übereinkunft Interesse haben, gelten, öffentlichen Druck auf solche Weise zu entwickeln, dass man nach der Wahl – in welcher Konstellation auch immer die Linke dabei antritt - diesen Prozess fortsetzen kann. Sehr genau sollten wir uns merken, dass in den gegenwärtigen

Verhandlungen zwischen PDS und WASG (neben manchem Unfug und vielen taktischen Mätzchen) von beiden Seiten nachdrücklich eine Bereitschaft zur Kooperation, und zwar ausdrücklich im Interesse der Sache, hervorgehoben worden ist. Vergessen wir nicht: es liegt erst wenige Wochen zurück, dass beide Seiten vor der NRW-Wahl im Wesentlichen Differenzen und Abgrenzungen betont hatten. Sollte sich dann im Herbst nach den Neuwahlen herausstellen, dass die mittlerweile aktenkundigen Kooperationsbekundungen so ernst nicht gemeint waren – das wäre mittel- und langfristige schlimmer, als eine Wahl zu verlieren. In einem der Unterstützungsaufrufe wird deshalb realistisch und über den Tag hinaus vorgeschlagen: „Eine solche Wahlpartei sollte durch die Fortexistenz der bestehenden Parteien der realen Situation Rechnung tragen: Die bestehenden Differenzen zwischen PDS und WASG und die existenten unterschiedlichen Kulturen – unter anderem zwischen Ost und West – würden respektiert. Gleichzeitig würde es sich um ein offenes Projekt handeln, mit dem sich eine Dynamik zur Einbeziehung sozialer Bewegungen – u.a. derjenigen zur Kritik von Globalisierung und Konzernmacht – entwickeln könnte“ (zitiert nach junge welt, 30.5.05).

Wenn die bloße Lafontaine-Ankündigung nach der NRW-Wahl (bei der WASG und PDS zusammen gerade einmal 3 Prozent der Stimmen holten) ausreichte, um bei Linken aller Schattierungen z.T. euphorische Hoffnungen und bei Parteien hektische Betriebsamkeit auszulösen (siehe die diversen Appelle und Aufrufe, darunter mit zahlreichen UnterzeichnerInnen, die nicht zu den „üblichen Verdächtigen“ gehören), gibt es also offenkundig einen verbreiteten Bedarf. Was immer man an Oskar Lafontaine kritisieren kann und muss: dieser Impuls des ehemaligen Vorsitzenden der SPD nach einem keineswegs überzeugenden Wahlergebnis der Linken in NRW zur wahlpolitischen Gemeinsamkeit der Linken aufzurufen, seine Teilnahme anzubieten und nach 39 Jahren Mitgliedschaft aus der SPD auszutreten, bleibt verdienstvoll!

Dem „guten Willen“ darf man nicht vertrauen

Gleichwohl, auch wenn die Idee nach „Gemeinsamkeit der Linken“ greift, transportiert sie doch jede Menge Illusionen. Beispielsweise derer, die selbst nicht organisiert sind und sich deshalb nicht vorstellen können, wie schwer organisatorische Eigeninteressen von Parteien und Organisationen wiegen (sowohl von denen mit tiefen historischen Wurzeln, wie die PDS, als auch von jenen, die gerade frisch gegründet wurden, wie die WASG). Oder die Illusion, dass wegen Übereinstimmung in wichtigen praktischen Fragen des Kampfes gegen die neoliberale Politik auch sonst schnell Übereinkunft zu erzielen sei. Aber die PDS will als sich sozialistisch verstehende Partei ausdrücklich mehr als die WASG, so wie umgekehrt die WASG gerade in der bewussten Konzentration auf Kernforderungen gegen neoliberale Politik ihren Vorzug sieht. Vielfach gehen die Differenzen für alle Beteiligten nicht nur ans Eingemachte, sondern haben auch eine persönliche Komponente. Allein der Umstand, dass manche führende WASGler selbst ursprünglich aus der PDS kommen, dieser aus Protest den Rücken gekehrt und sogar eine Initiative zur Abwahl von PDS-Senatoren in Berlin unterstützen („SPD, PDS, CDU, FDP und Grüne streiten nur noch über den Grad an sozialer Grausamkeit“, Entwurf der Landespolitischen Erklärung der WASG Berlin), verweist auf jede Menge aktuellen und künftigen Konfliktstoff.

Den harten Fakten ist mit Hoffnungen und Wünschen schwer beizukommen. Ein Beispiel: Mara Neele Künkel gehört zu den Initiatoren des Jugendaufrufs »Es kommt die Zeit«, der eine gemeinsame Kandidatur von WASG und PDS zur Bundestagswahl fordert. Sie ist bei JungedemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) aktiv und antwortet in einem Interview (junge Welt, 3.6.05) auf die Frage, „Was wollen Sie tun, wenn die Zusammenarbeit scheitert?“ - „Vermutlich werden wir so weitermachen, wie wir es bisher getan haben. Jeder kocht dann wieder sein eigenes Süppchen. Vielleicht mache ich persönlich das, was ein Bekannter von mir neulich androhte: »Wenn die es jetzt nicht gebacken bekommen, wandere ich aus.« Es kann einfach nicht sein, daß es in fast allen europäischen Ländern eine fest verankerte Linkspartei gibt, daß aber die Linke in Deutschland marginalisiert bleibt. PDS und WASG muß klar sein, daß sie nicht nur eine Verantwortung für sich selbst, sondern auch für die Linke insgesamt tragen.“ Wer

könnte diese Haltung nicht nachempfinden, eben jenen „guten Willen“ vorausgesetzt, der sich auch hier wieder artikuliert? Die Realitäten sind andere und auf diese muss man aufbauen.

Insofern ist es nahe liegend und legitim, wenn Thomas Händel vom Bundesvorstand der WASG für seine Partei festhält: „Für diese Gespräche haben wir folgende Eckpunkte formuliert: Die eigene Identität der WASG wird beibehalten. Ein Zusammenschluss mit der PDS findet nicht statt. Eine Kandidatur auf „offenen Listen der PDS“ ist inakzeptabel. Eine Kandidatur von PDS-Kandidaten auf offenen Listen der WASG ist aus heutiger Sicht völlig unrealistisch. Die ostdeutschen Landesverbände sind repräsentativ zu beteiligen. Für ein Wahlbündnis müssen Kandidatinnen und Kandidaten aus anderen Spektren gewonnen werden.“ (WASG-website, 30.5.05).

Ebenso selbstverständlich und nachvollziehbar ist die Haltung der PDS: „Natürlich gehen wir in diese Verhandlungen auch mit dem Wissen um die Erwartungen unserer Mitglieder und die Strukturen, über die die PDS verfügt. Wir haben eine gut organisierte und engagierte Basis, wir haben eine Gruppe im Europäischen Parlament, zwei Abgeordnete im Deutschen Bundestag; sind in Ostdeutschland in allen Landesparlamenten mit starken Fraktionen vertreten und haben im Osten und inzwischen auch zunehmend im Westen viele kommunale Abgeordnete und Gemeindevertreter. Das alles ist mit zu bewerten, wenn es darum geht, wie eine entsprechende Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann. (Mitteilung des Parteivorstandes der PDS, zitiert nach: junge welt, 1.6.05)

Eine Erklärung des Koordinierungskreises von attac (31.5.05) beschreibt sehr nüchtern unterschiedliche Sichtweisen, wie sie in diesem „außerparlamentarischen Netzwerk“ bestehen und stellt den grundsätzlichen Hinweis vorweg: die Dominanz des Neoliberalismus sei auf Dauer nur zu brechen, „wenn verschiedene emanzipatorische Strömungen und Gruppen ihre Sichtweisen solidarisch zusammentragen und ihre Gemeinsamkeiten entwickeln“, um dann im nächsten Satz fortzufahren: „Eine kooperative Zusammenarbeit lässt sich aber mit der Konkurrenzlogik von Parteipolitik nur schwer vereinbaren“. Vor diesem Hintergrund gebe es bei attac im Blick auf die parlamentarische Politik „Auffassungen, die sich teils ergänzen, teils widersprechen“. Eine Position setze auf „eine starke parlamentarische Kraft, die die Interessen der ... Bewegungen vertritt“, eine weitere betont, es könnten „zwar parlamentarische AnsprechpartnerInnen, nicht aber die besondere Nähe zu einzelnen Parteien hilfreich sein“. Die dritte Auffassung sieht in den Parlamenten allenfalls minimale Chancen für eine wirklich emanzipatorische Politik und hält deshalb „Arbeit in Parteien und Parlamenten zumindest derzeit für eine schädliche Schwächung der Bewegung“. Der Umstand, dass diese Positionen in einer Bewegung wie attac offenbar nebeneinander bestehen können, mag übrigens gleichermaßen als Beweis und Anregung dafür gelten, dass ein solcher Pluralismus funktionieren könnte.

Linke „Ökumene“ braucht Druck von unten

Niemand sollte sich also Illusionen machen, über die Tiefe der Gräben. Selbst eine ausdrücklich auf Wahlpolitik beschränkte Zusammenarbeit verlangt allen Beteiligten schon ein beträchtliches Sprungvermögen ab: nämlich den grundsätzlichen und wechselseitigen Respekt einer pluralistischen Linken. Die Anerkennung, dass „die Linke“ aus guten Gründen vielfältig ist und sich wechselseitig braucht. Längerfristig ist ein gegenseitiges „Urvertrauen“ erforderlich ist, um ernsthaft, d.h. untaktisch auf diesem Wege voran zu kommen. Der Begriff macht deutlich, welche Anstrengungen hier auf allen Seiten vonnöten sind. Gemeint ist eine Haltung, die anderen Linken gegenüber nicht bloß zugesteht, dass es unterschiedliche Strömungen, Parteien, Positionen als Faktum gibt, sondern dies als potenzielle gegenseitige Bereicherung, als nützliches Korrektiv und anregende Ergänzung ausdrücklich begrüßt. Linke Ökumene wäre das Stichwort.

Von den Parteien sind solche Einsichten über wahlpolitische Kooperation hinaus sicher zuletzt zu erwarten. Sie reagieren entweder aus der Not, weil sie den Einzug ins Parlament verpassen oder gegenüber linken Konkurrenten verlieren könnten. Oder aus der Hoffnung, neue Zugänge und WählerInnen für

den eigenen Verein zu gewinnen. Oder aus der Furcht, abgeschnitten zu werden von neuen Entwicklungen. Sie werden also im Regelfall nur unter Druck reagieren. Und dieser Druck muss von unten kommen, von der gesellschaftlichen Basis in Gestalt von Bewegungen, Initiativen, Gewerkschaften und Betrieben, Sozialforen, vielleicht auch der eigenen Parteibasis. Das aber heißt auch: wer heute Hoffnung auf ein wahlpolitisches Zusammengehen von WASG, PDS und darüber hinaus setzt, der und die müssen etwas dafür praktisch etwas tun und nicht auf den „guten Willen“ vertrauen. Wir müssen heute etwas tun in diesem Sinne, morgen im Wahlkampf und, vor allem, auch übermorgen nach den Wahlen. Die Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen hält genügend Erfahrungen bereit, wie das praktisch aussehen könnte: Wählerinitiativen, örtliche Clubs, Leserbriefe an Medien, öffentlichkeitswirksame Kongresse mit „Mediengrößen“, Infostände, Konzerte, massenhafte buttons und Aufkleber, demonstrative Aktionen aller Art. Wer wirklich will, dass die Linke zusammenkommt, darf nicht am Straßenrand stehen, sondern muss selbst Hand anlegen. Billiger wird es nicht zu haben sein. „Entscheidend ist, dass hierüber ein breiterer linker Diskussionsprozess stattfindet und die Linke all diese Fragen nicht einem Verhandlungsausschuss von PDS und WASG überlässt, sondern sich gemeinsam ein Projekt zutraut, das auf die gesamte Vertretungslücke links von Rot-grün zielt“ (Rainer Rilling/Christoph Spehr, Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern..., rls Standpunkte 6/2005).

„Es geht um die Frage, ob wir die deutsche Linke in dieser wahrscheinlich einmaligen Situation zusammenkriegen, ob sie den Mut und die Kraft hat, zusammenzugehen und links neben der SPD eine gesamtdeutsche Kraft zu formieren. ... Diese Gespräche sind allein schon deshalb wichtig, weil sich die Linke aus dem Kleingarten der Vorurteile heraus begibt. Nach meinem Eindruck kann man inhaltlich relativ schnell zu gemeinsamen Grundpositionen kommen. Das betrifft die Agenda 2010 und Hartz IV, das betrifft die Steuerfrage... und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Sicher muss man auch den Mut haben, den Wählern klar zu sagen, wo Differenzen bleiben. Aber die können ja produktiv sein. ... Es ist durchaus möglich, dass nach der Bundestagswahl eine Debatte über die Frage beginnt, wie es gemeinsam weiter gehen soll. Unter Beteiligung der Mitgliedschaften. Das braucht dann seine Zeit...“ (Lothar Bisky, Neues Deutschland, 1.6.05).

Genau diese Fragen werden PDS und WASG zu beantworten haben. Und, wahrscheinlich: man wird beide Parteien wie andere auch, immer wieder daran erinnern müssen, egal ob jetzt es zu einer wahlpolitischen Vereinbarung kommt, oder nicht. Denn im eigentlichen Sinne geht es nicht um die Parteien und deren Möglichkeiten, Grenzen und Befindlichkeiten, sondern um ein weit über Parteigrenzen hinaus reichendes Projekt gesellschaftlicher Veränderung. Und da sind Parteien und Organisationen, da ist die Linke nur Mittel zum Zweck.

Worum es eigentlich geht – die Linke ist nur Mittel zum Zweck

„Es geht nicht mehr primär um fünf Prozent, es geht nicht um eine oder zwei hübsche, alte oder neue linke Minderheitsparteien in einer gesellschaftlichen Nische. Es geht um den Beginn des Kampfes für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel. Das nur - so glaube ich - kann auch die Faszination eines bei linken Wählern dauerhaft erfolgreichen Projektes sein. Was WASG, Attac, PDS, linke Intellektuelle in Kirchen, Universitäten, Medien und Kultur, was kritische Geister in den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden dafür zusammen bringen können, mag wahlarithmetisch auch in mittlerer Perspektive nicht mehr als 15 Prozent sein, aber geistig und politisch kann und muss es nicht weniger als der entscheidende Beitrag sein zur Umkehr von der Selbstzerstörung demokratischer und sozialer Verfasstheit der Gesellschaft hin zu einer modernen solidarischen und demokratischen Alternative. Einer Umkehr, deren Anziehungskraft sich dann vielleicht auch andere Parteien nicht verschließen können, die zur Zeit dem Neoliberalismus erliegen.“

Man kann über das Verhältnis von WASG und PDS diskutieren. Aber hundert Mal mehr muss man darüber diskutieren, was in Deutschland abläuft, welche Herausforderungen und Möglichkeiten es für eine demokratische Linke gibt. Der Maßstab ist nicht der Wahlerfolg oder -misserfolg der PDS oder der

WASG. Der Maßstab ist nicht die berechnete oder übertriebene Skepsis von Attac gegenüber linken Parteien, der Maßstab ist nicht das Urteil oder Vorurteil linker Intellektueller gegenüber der aus der SED hervorgegangenen und nach Ostdeutschland riechenden PDS (oder analoger Vorurteile gegenüber der WASG). Der Maßstab meiner Überlegungen ist, dass Arme in einem Deutschland, das reicher denn je ist, fünf Jahre früher sterben, dass mangelnde Bildungschancen vererbt werden, dass Kinder in Deutschland das Armutsrisiko Nummer eins sind, der Maßstab sind die offiziell mehr als fünf Millionen Arbeitslosen, sind die Hartz-IV-Betroffenen und ihnen gegenüber die fünf Prozent der Haushalte, die geschichtlich beispiellos inzwischen über 35 Prozent des deutschen Gesamtvermögens verfügen. Der Maßstab könnte tatsächlich auch sein, dass eben 10 bis 15 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr parlamentarisch und politisch vertreten sind. Und zwar jene, die anders als die Unternehmerverbände, großen Konzerne und Banken keine Lobby haben! (Andre Brie, Die Mühen der Berge, Freitag 15, 15.4.05)

